

Deutsche Wirtschaft im Dauertief

Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Jahr in Folge geschrumpft

Wiesbaden/Berlin – Verunsicherte Verbraucher, kriselnde Industrie, sinkende Exporte: Die deutsche Wirtschaft ist 2024 das zweite Jahr in Folge geschrumpft und steckt damit so lange in der Rezession wie seit mehr als 20 Jahren nicht. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2024 um 0,2 Prozent zum Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt schätzt. Damit hinkt die deutsche Wirtschaft international hinterher – und ein deutlicher Aufschwung ist nicht in Sicht. Schon 2023 war das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent zurückgegangen.

Auch ins neue Jahr geht Europas größte Volkswirtschaft anscheinend ohne Rückenwind. Die Statistiker schätzen, dass die deutsche Wirtschaft auch im Schlussquartal 2024 leicht geschrumpft ist. Zudem droht mit den Zollplänen des designierten US-Präsidenten Donald Trump heftiger Gegenwind für den Export.

Hoffen auf Reformen

„Die deutsche Wirtschaft dürfte sich auch in diesem Jahr kaum aus der Stagnation befreien, sollte es nicht bald gelingen, mit wirtschaftspolitischen Reformen die Standortprobleme in den Griff zu bekommen“, meint Timo Wollmershäuser, Konjunkturchef beim Ifo-Institut. „Deutschland durchläuft die mit Abstand längste Stagnationsphase der Nachkriegsgeschichte.“

Zwar hoffen Wirtschaftsverbände auf einen Politikwechsel nach der Wahl am 23. Februar. Doch allein mit den Koalitionsverhandlungen dürften Monate vergehen. „Positive wirtschaftliche Impulse einer neuen Bundesregierung würden wohl frühes-

tens im Jahr 2026 voll zum Tragen kommen“, sagt Ökonom Nils Janssen vom Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Die Bundesbank hat ihre Prognose für die deutsche Wirtschaft bereits gesenkt und rechnet für 2025 nur mit einem Mini-Wachstum von 0,2 Prozent. Der Sachverständigenrat („Wirtschaftsweise“) erwartet ein Plus von 0,4 Prozent.

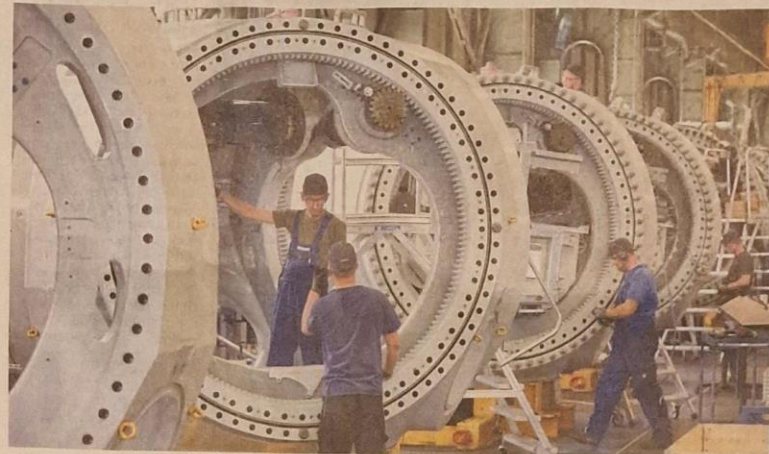
Zwar ist der Arbeitsmarkt weitgehend stabil – 2024 stieg die Zahl der Beschäftigten auf den Rekord von 46,1 Millionen. Neue Jobs entstanden aber vor allem in staatlich dominierten Sektoren wie Gesundheit, Erziehung und Öffentlicher Dienst, während am Bau und in der Industrie Arbeitsplätze verloren gehen. In Sorge um ihre Jobs scheuen viele Menschen trotz gestiegener Reallohne größere Ausgaben. Die

ohnehin hohe Sparquote ist 2024 nochmals deutlich auf 11,6 Prozent gestiegen.

Die Liste der Probleme ist lang. „Im Vergleich zu anderen Standorten weltweit sind die Belastungen der Unternehmen durch Steuern, Bürokratie und Energiekosten hoch, die Erneuerung der Digital-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur kommt langsamer voran und der Fachkräftemangel ist ausgeprägter“, sagt Ifo-Experte Wollmershäuser. Deutschland habe sich mit dem Schrumpfen 2024 weitgehend von der Weltwirtschaft abgekoppelt, sagt Ifo-Ökonom Janssen.

„Im übrigen Euroraum dürfte das Bruttoinlandsprodukt um rund ein Prozent gestiegen sein, in den USA wohl sogar um fast 3 Prozent.“

Im vergangenen Jahr schlug vor allem die Krise der deutschen Industrie



Ein Industriezweig, der nicht schwächt: Beim Windkraftanlagen-Bauer Nordex in Rostock werden Rotornaben für Hochleistungsturbinen hergestellt.

FOTO: DPA

durch. Dort schrumpfte die Bruttowertschöpfung kräftig um 3,0 Prozent. Wichtige Branchen wie der Maschinen- und Autobau produzierten deutlich weniger, in der energieintensiven Chemie und Metallindustrie blieb die Fertigung auf niedrigem Niveau. Die Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sanken kräftig, das Baugewerbe litt unter der Krise im Wohnungsbau. Auch der Außenhandel schwächelte. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen, insbesondere Maschinen und Autos, schrumpften um 0,8 Prozent.

Längst belastet die Krise die Verbraucherstimmung. Die privaten Konsumausgaben stiegen 2024 preisbereinigt um nur 0,3 Prozent. Viele Menschen sparen, obwohl die Inflationswelle abgeebbt ist. Doch Verbraucher spüren

die gestiegenen Preise beim täglichen Einkauf, etwa von Lebensmitteln.

Staatsdefizit gestiegen

Immerhin: Bei den Staatsfinanzen steht Deutschland vergleichsweise gut da. Der Fiskus gab 2024 zwar erneut mehr Geld aus, als er einnahm. Nach vorläufigen Daten belief sich das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung auf 113 Milliarden Euro – nach 107,5 Milliarden im Vorjahr. Damit hielt Deutschland aber erneut die europäische Verschuldungsregel ein, die ein Haushaltsdefizit von 3,0 Prozent gemessen an der Wirtschaftsleistung erlaubt. Deutschland kam nach vorläufigen Berechnungen auf eine Quote von 2,6 Prozent – wie 2023.

dpa

Notfallklausel ermöglicht 28-Stunden-Woche bei VW

Wolfsburg – Volkswagen hat sich bei seinem Tarifabschluss mit der IG Metall mit einer Notfallklausel gegen eine weitere Zuspitzung der Krise abgesichert. Im kurz vor Weihnachten geschlossenen Zukunftstarifvertrag sei eine Regelung enthalten, die bei Engpässen eine Reduzie-

rung der Arbeitszeit auf 28 Stunden ermögliche – bei nur teilweisem Lohnausgleich, bestätigten nun Konzernkreise. Zuvor hatte der „Business Insider“ berichtet.

Voraussetzung sei, dass zuvor alle anderen Maßnahmen wie Überstundenabbau und Kurzarbeit ausgeschöpft sei-

en, heißt es in dem Tarifvertrag. Bei vorübergehenden Beschäftigungsproblemen könne die Wochenarbeitszeit dann für alle Mitarbeiter pauschal um bis zu sieben Stunden abgesenkt werden, also von den regulären 35 auf bis zu 28 Stunden. Für die ersten beiden Stunden Verkürzung

soil es dabei einen vollen Lohnausgleich geben, ab der dritten Stunde wird der Lohn anteilig gekürzt. Maximal drei der sechs Stunden bleiben unbezahlt. Allerdings, so hieß es in Konzernkreisen, sei die Regelung nur für den absoluten Notfall vorgesehen, dass sich die Situation

dramatisch zuspitze, womit aber niemand rechne.

Die Regelung erinnert an die Vier-Tage-Woche, mit der VW vor mehr als 30 Jahren schon einmal einen drohenden Arbeitsplatzabbau verhindert hatte. Auch damals steckte der Konzern in einer tiefen Krise.

dpa